RECHTSGRUNDLAGEN

Festsetzungen nach Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141, 1998 I S.137), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien Europarechtsanpassungsgesetz Bau - EAG Bau) vom 24.06.2004, bekannt gemacht im BGBI. 2004 I Nr.31, S.1359ff), in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung i.d.F. vom 23.1.1990 (BGBl. I, 132) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I, 466, 479), der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. I, 58), sowie der Hessischen Bauordnung i.d.F. vom 18.06.2002 (GVBl. I, 274).

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN UND HINWEISE

1 Planungsrechtliche Festsetzungen

1.1 Im gesamten Plangebiet sind die Ausnahmen nach § 8 Abs. 3 BauNVO zulässig, mit der Einschränkung, dass je Betrieb 1 Wohnung zulässig ist.

1.2 Für gewerblich genutzte Grundstücke wird eine Mindestgrundstücksgröße von 1.000 qm festgesetzt (§ 9 Abs. 1

1.3 In dem zeichnerisch festgesetzten GE* ist ein Fachmarkt für Pferdesportartikel mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 qm zulässig. Jeglicher Verkauf von Tieren ist hier unzulässig.

2 Planungsrechtliche Festsetzungen aufgrund der Landschaftsplanung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a + b BauGB

2.1 Im gesamten Plangebiet sind standortgerechte einheimische Bäume und Sträucher unter Berücksichtigung der Pflanzlisten anzupflanzen und zu erhalten.

2.2 Die durch Zeichnung festgesetzten Bäume innerhalb des öffentlichen Straßenraums und der benachbarten Bereiche sind entsprechend der Pflanzliste zu pflanzen und zu erhalten.

2.3 Auf den privaten Grundstücksflächen ist je 100 qm nicht überbauter Grundstücksfläche ein Baum der Pflanzlisten zu pflanzen bzw. zu erhalten. 2.4 Die als Grünstreifen zu gestaltenden, nicht überbaubaren Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) sind

von Verdichtung, Versiegelung und baulichen Anlagen freizuhalten. Die Bereiche sind als freiwachsende Hecke mit einer Leitpflanzung aus standortgerechten Laubgehölzen 1. und 2. Ordnung zu bepflanzen. 2.5 Je 6 Stellplätze ist 1 hochstämmiger Laubbaum 1. Ordnung mit erhöhtem, nicht befahrbarem Pflanzbeet mit einer

Mindestfläche von 2,0 x 2,0 m vorzusehen.

3 Festsetzungen gem. § 87 HBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB

3.1 Im gesamten Plangebiet ist die Traufhöhe der Gebäude, bezogen auf OK der vorgelagerten öffentlichen Verkehrsfläche, auf 12 m zu begrenzen.

Ausgenommen von dieser Regelung sind die Bereiche westlich der Hauptgebietszufahrt "In der Grobach" (= westlich der Parzellen 63/6 und 103/2), in denen im Einzelfall betriebsbedingt notwendige Hochlager und Silos, die einem Gewerbebetrieb zugeordnet sind, sowie untergeordnete Bauteile wie Schornsteine usw. zulässig sind (§ 16 Abs. 2

3.2 Als Mindestbegrünung der seitlichen Grundstücksgrenzen ist ein 2 m breiter Streifen mit Gehölzen räumlich wirksam zu bepflanzen.

3.3 Nicht überbaute und nicht für Erschließungszwecke, Stellplätze und Lagerflächen benötigte Grundstücksflächen sind zu begrünen.

3.4 Erforderliche Sichtfelder an der Bundesstraße sind von sichtbehindernden Nutzungen freizuhalten. Hier dürfen Sträucher und Einfriedungen eine Höhe von 0,80 m bezogen auf Fahrbahnoberkante nicht überschreiten. Zulässig sind Bäume als Hochstämme, auf 2,50 m aufgeastet.

4.1 Für die ordnungsgemäße Abführung der häuslichen Abwässer sowie des anfallenden Niederschlagswassers ist die Entwässerungssatzung der Gemeinde in ihrer aktuellen Fassung maßgebend.

4.2 Bei Bepflanzungsmaßnahmen im Bereich von Ver- und Entsorgungsleitungen sind ausreichende Pflanzabstände einzuhalten, damit Auswechslungen oder Reparaturen dieser Anlagen vorgenommen werden können.

4.3 Gemäß Hessischem Wassergesetz soll, soweit wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen, Niederschlagswasser von demjenigen verwertet werden, bei dem es anfällt. Bei der Errichtung von Zisternen wird empfohlen, den Überlauf in Versickerungsschächte etc. münden zu lassen.

Für die Nutzung von Regenwasser zu Brauchwasserzwecken sind die Anlagen nach den einschlägigen Regeln auszuführen und zu betreiben.

4.4 Eine Ableitung des bei der Bebauung aufgeschlossenen Grundwassers in die Kanalisation auf Dauer über Dränageleitungen hat zu unterbleiben.

4.5 Die Verwendung von Solaranlagen ist erwünscht, die Firstrichtung ist zur Ausnutzung dieser Anlagen in West-Ost-Richtung auszurichten.

4.6 Forderungen im Zusammenhang mit Emissionen, die von der Bundesstraße oder der Autobahn ausgehen, können von der Straßenbauverwaltung nicht anerkannt werden. In der im Plan zeichnerisch dargestellten Bauverbotszone entlang der Bundesstraße ist in einer Tiefe von 20,00 m -

gemessen vom äußeren Fahrbahnrand - die Errichtung von Bauwerken jeglicher Art, also auch die nach BauNVO innerhalb der nicht überbaubaren Flächen zulässigen untergeordneten Nebenanlagen, unzulässig. Anlagen der Außenwerbung sind innerhalb dieser Bauverbotszone nicht zulässig, innerhalb einer 40,00 m breiten Baubeschränkungszone entlang der Bundesstraße genehmigungspflichtig.

4.7 Es wird darauf hingewiesen, dass aus dem öffentlichen Leitungsnetz nur eine Löschwassermenge von 1.600 l/min. zur Verfügung gestellt werden kann. Die darüber hinausgehende benötigte Löschwasserversorgung ist durch geeignete Maßnahmen - wie drucklose Vorratsbehälter - im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens

Für den Einbau von Hydranten sind die Hydrantenrichtlinien einzuhalten.

Die Zufahrten sind nach HBO entsprechend herzurichten.

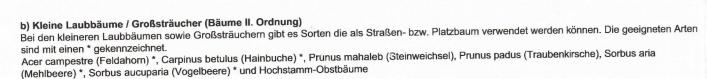
4.8 Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern und andere Funde, z.B. Scherben, Steingeräte und Skelettreste, entdeckt werden. Diese sind entsprechend Denkmalschutzgesetz unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen - Abteilung Archäologische Denkmalpflege, der Unteren Denkmalschutzbehörde oder der Gemeindeverwaltung anzuzeigen. Im südlichen Randbereich des Plangebiets werden nach Auskunft der Denkmalschutzbehörde 2 vorgeschichtliche

Grabhügelgruppen mit insgesamt ca. 30 Hügeln, vorwiegend der Hallstattzeit, angeschnitten. Die Bereiche sind nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen worden. Da in diesen Bereichen mit Funden zu rechnen ist, ist im Rahmen der Bauanträge eine Untersuchung durchzuführen. Das Vorgehen ist mit der Denkmalschutzbehörde 4.9 Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass bei Ausschachtungen bislang unbekannte Altablagerungen,

Bodenkontaminationen oder sonstige Beeinträchtigungen angeschnitten werden. Dabei kann es sich u. U. um ausgasende, gesundheitsgefährdende Stoffe handeln. Um Gefährdungen zu vermeiden, sind bei neu entdeckten Bodenverunreinigungen unverzüglich das Umweltamt Frankfurt/M., die nächste Polizeidienststelle, die Gemeinde oder der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises zu benachrichtigen, die weitere Vorgehensweise ist

Im gesamten Plangebiet sind standortgerechte Bäume und Sträucher unter Berücksichtigung der folgenden Artenverwendungsliste anzupflanzen. a) Große Laubbäume (Bäume I. Ordnung)

Straßenbäume sind mit * gekennzeichnet, hierbei sind die für den Standort geeigneten Sorten auszuwählen. Acer platanoides (Spitzahorn) *, Alnus glutinosa (Schwarzerle), Fraxinus excelsior (Esche) *, Quercus petraea (Traubeneiche), Quercus robur (Stieleiche) *



Cornus mas (Kornelkirsche), Corylus avellana (Haselnuss), Ligustrum vulgare (Liguster), Prunus spinosa (Schlehe), Rhamnus frangula (Faulbaum), Rosa canina (Hundsrose) u.a. spec, Salix aurita (Ohrweide), Salix caprea (Salweide), Viburnum lantana (Wolliger Schneeball)

Große Laubbäume (Bäume I. Ordnung) - Hochstämme mit Ballen 2 x v., 10 -12 St.U., Hochstämme mit Ballen 3 x v., 16 -20 St.U. Kleine Laubbäume / Großsträucher (Bäume II. Ordnung) - Hochstamm mit Ballen 3 x v. 16-18 St.U., Solitär mit Ballen 3 x v., 125 - 150 oder 150 - 200, Heister mit Ballen 2 x v., 125 - 150, Heckenpflanzen ohne Ballen 2 x v., 125 - 150 Sträucher - Heckenpflanzen ohne Ballen 2 x v., 80 - 100 oder 125 - 150, auch als Solitär mit Ballen 3 x v.

d) Ranker und Kletterpflanzen für Fassaden, Garagen etc. Gehölze, welche sich nicht für die Bepflanzung von Spielplätzen eignen, sind mit ++ giftig, + wenig giftig (ungenießbar) gekennzeichnet.

Campsis radicans (Trompetenblume), Euonymus-fortunei-Sorten (Spindelstrauch), Hedera helix (Efeu), Hydrangea petiolares (Kletterhortensie), Parthenocissus quinquefolia "Engelmannii" (Jungfernrebe), Parthenocissus tricuspidata "Veitchii" (Wilder Wein)

Actinidia arguta (Strahlengriffel), Akebia quinata (Akebie), Aristolochia macrophylla (Pfeifenwinde), Clematis-Arten, Humulus lupulus (Hopfen), Lonicera-Arten (Geißblätter), Vitis-Arten (Weinreben), Wisteria sinensis (Blauregen) Extensivbegrünung sind naturnah angelegte Vegetationsformen, die sich weitgehend selbst erhalten und weiterentwickeln. Die weitgehend geschlossenen flächigen Vegetationsbestände werden aus Moosen, Sukkulenten, Kräutern und Gräsern gebildet.

Moos-Sedum-Begrünungen, Sedum-Moos-Kraut-Begrünungen, Sedum-Gras-Kraut-Begrünungen, Gras-Kraut-Begrünungen

VERFAHRENSVERMERKE

1. Änderungsbeschluss aufgestellt gem. § 2 BauGB durch Beschluss der Gemeindevertreterversammlung vom

Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 BauGB in der Zeit vom 17.07.2000 bis einschließlich 21.08.2000. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.07.2000.

Erneute Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und 3 BauGB in der Zeit vom 26.03.2001 bis einschließlich 09.04.2001. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 19.03.2001.



Als Satzung beschlössen gem. § 10 Abs. 1 BauGB von der Gemeindevertreterversammlung am 20.06.2001



Erneute Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und 3 BauGB in der Zeit vom 25.11.2002 bis einschließlich 09.12.2002. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 18.11.2002.



Erneut als Satzung beschlossen gem. § 10 Abs. 1 BauGB von der Gemeindevertreterversammlung am 29.01.2003.

Florstadt, den 1 5. März 2005



Ortsübliehe Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses und in Kraft getreten gem. § 10 Abs. 3 BauGB am 14.02.2003.

Florstadt, den 15. März 200.



2. Anderungsbeschluss aufgestellt gem. § 2 BauGB im Vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durch Beschluss der Gemeindevertreterversammlung vom 01.12.2004.

Florstagt, den 15. März 2005



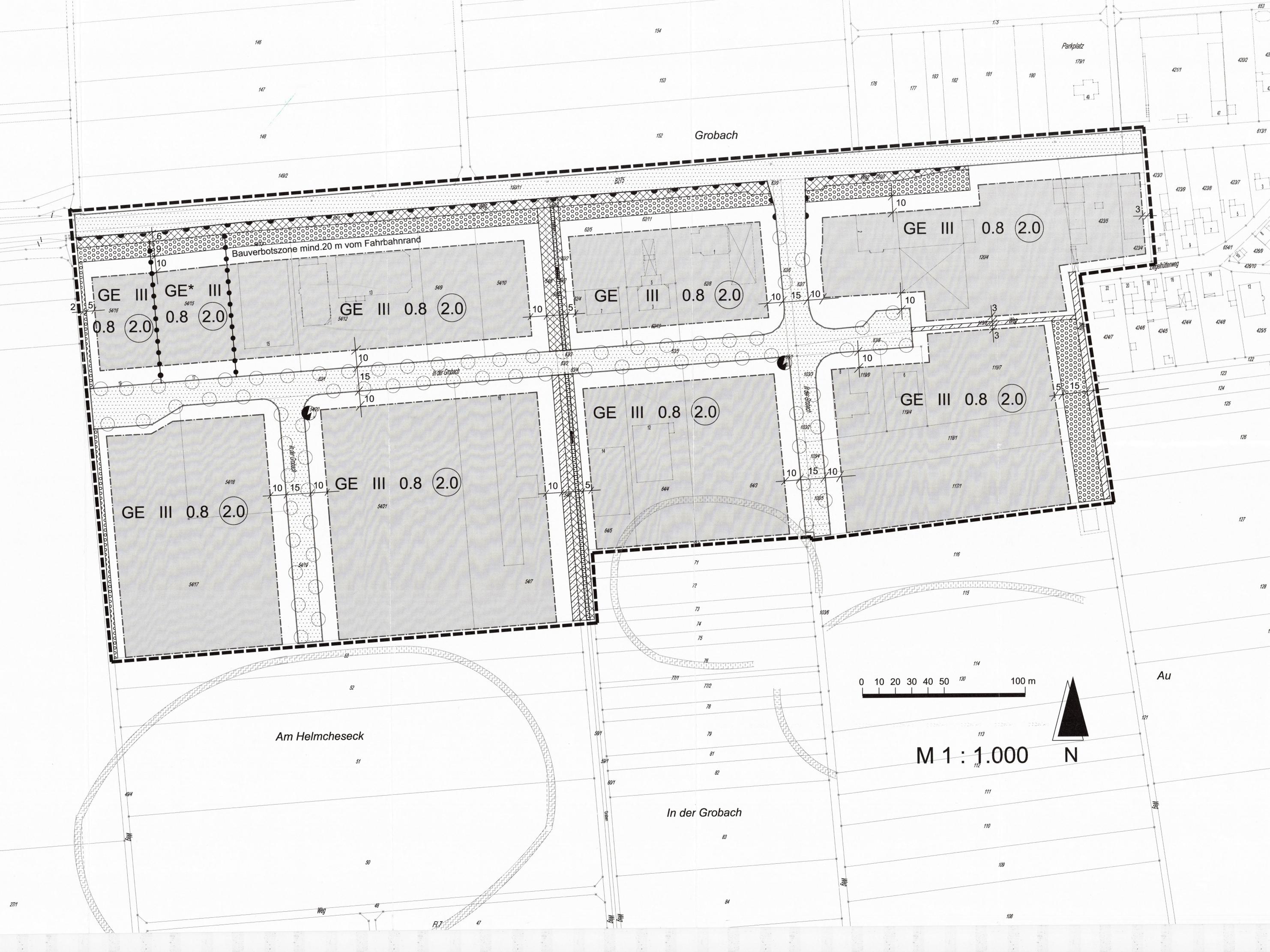
Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20.12.2004 bis einschließlich 24.01.2005. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 13.12.2004.

Als Satzung beschlossen gem. § 10 BauGB von der Gemeindevertreterversammlung am 23.02.2005.

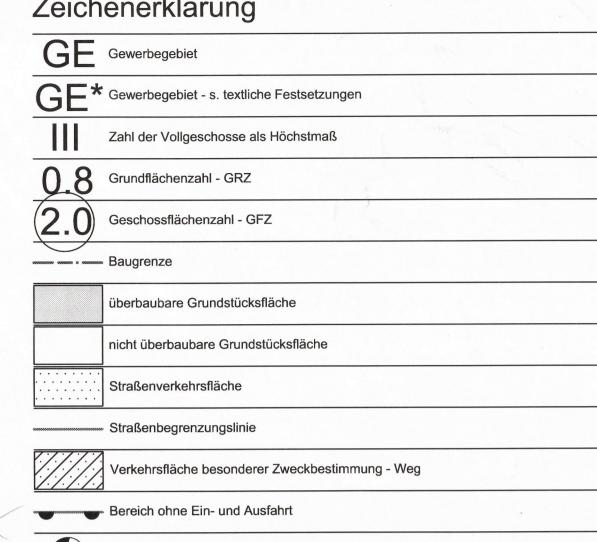
Florstadt, den 15.

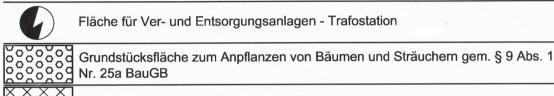
Ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses und in Kraft getreten gem. § 10 Abs. 3 BauGB am











A öffentlicher Grünstreifen mit integriertem Fuß- / Fahrradweg anzupflanzender Baum gem. Artenliste § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGE

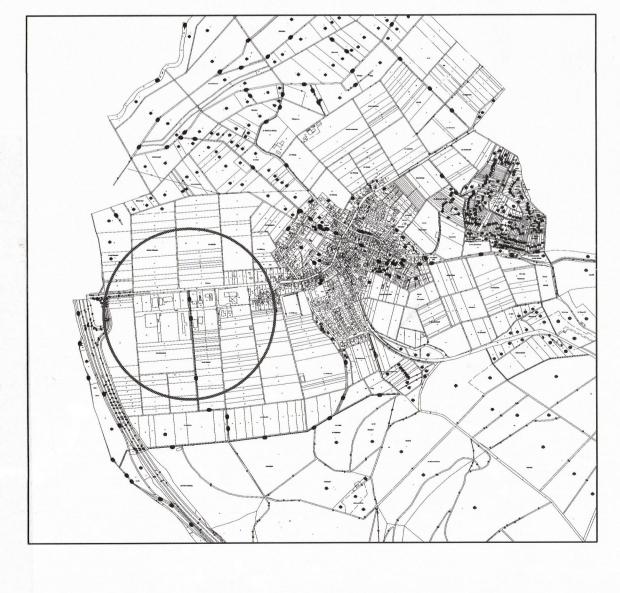
● Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplar

Grabhügelgruppe (nachrichtliche Übernahme) vorhandene Grundstücksgrenze

vorhandenes Gebäude

Gemeinde Florstadt - Ortsteil Nieder-Mockstad 1. und 2. Änderung Bebauungsplan Nr. 5.07 mit integriertem Landschaftsplan



Dr. Klaus Thomas Planungs- und Architekturbüro Ritterstraße 8 61118 Bad Vilbel Tel.: 06101 / 58 21 06 Fax: 06101 / 58 21 08

Planungsstand: Februar 2005